

von 1981 bis zum Wort des Rates vom September dieses Jahres (vgl. HK, November 1983, S. 499) nach. Dem schloß sich eine zum Teil leidenschaftlich geführte Diskussion an, in der die divergierenden Positionen im deutschen Protestantismus wieder einmal klar zum Vorschein kamen.

Angesichts der nicht zu überbrückenden Differenzen in der Frage, ob und wie die Kirche in Sachen Nachrüstung Partei ergreifen müsse, verwundert es nicht, daß man sich am Ende der Synodaltagung nur auf die Bekräftigung der Rats-Stellungnahme zur Friedensdiskussion vom September einigen konnte. Die Beschlußvorlage, in der es zur Entscheidung für oder gegen die Nachrüstung noch geheißen hatte: „Aus der Botschaft der Bibel wissen wir, daß wir auf jedem der beiden Wege schuldig werden“, wurde soweit gekürzt, daß sich die schließlich verabschiedete „Kundgebung“ auf zwanzig Zeilen beschränkt. In Übereinstimmung mit der Erklärung des Rats wird darin festgestellt: „Als Christen müssen wir sagen: Die Androhung gegenseitiger Vernichtung widerspricht dem Geist Christi und ist Ausdruck unserer Sünde. Deshalb muß das System nuklearer Abschreckung überwunden werden.“

Auf dem mühsamen Weg zur Einheit

Eine weitere Kundgebung galt dem Schwerpunktthema der Synodaltagung, „Reformation und Einheit der Kirche“. Auch wenn sich angesichts der gegenwärtigen Friedensdiskussion stärker alte Spannungen und Traumata des deutschen Protestantismus in den Vordergrund schoben, die sich zum guten Teil auf Luther zurückfüh-

ren lassen: Es war in jedem Fall sinnvoll, mit der feierlichen Erinnerung an den Reformator den Blick auf die heutige ökumenische Situation und auf den weiteren Weg der getrennten Kirchen zueinander zu verbinden.

Dabei ging es sowohl um die innerprotestantische Ökumene wie um die größere ökumenische Gemeinschaft. Der lutherische Theologe *Wenzel Lohff* referierte über die Bedeutung der vor zehn Jahren geschlossenen „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“ (als „Leuenberger Konkordie“ bekannt) und der in Wien lehrende Systematiker *Ulrich Kühn* beschäftigte sich mit den Konvergenzerklärungen der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung zu Taufe, Eucharistie und Amt („Lima-Texte“), die allen Mitgliedskirchen des ÖRK und der katholischen Kirche zur Stellungnahme vorliegen. Einen weiteren ökumenischen Farbtupfer erhielt die Synode durch einen Beitrag des Erzbischofs von Canterbury, *Robert Runcie*, der von dem 1982 vorläufig gescheiterten Projekt einer anglikanisch-protestantischen Kirchengemeinschaft in England berichtete.

Sowohl im Blick auf die „Leuenberger Konkordie“ wie auf die Lima-Erklärungen setzte man in Worms ein Zeichen: Zum einen wurde die Leuenberger Konkordie in die *Grundordnung der EKD* aufgenommen, in deren Artikel 1, Absatz 4 es künftig heißt: „Zwischen den Gliedkirchen besteht Kirchengemeinschaft im Sinne der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa (Leuenberger Konkordie)“. Gleichzeitig wurde der Artikel 4 neu gefaßt: Demnach besteht jetzt innerhalb der EKD offiziell Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

Wurde mit der Änderung der Grund-

ordnung eine längst überfällige und in keiner Beziehung umstürzende Entscheidung getroffen, so konnte in bezug auf die Konvergenzerklärungen von Lima nur ein *erster Anstoß* gegeben werden. Gliedkirchen und Gemeinden wurden ermuntert, sich der Herausforderung durch die Texte „frei und ohne Angst um die eigenen Besitzstände“ zu stellen. Sie sollten sich daher fragen, „worin wir mit den anderen Kirchen und sie mit uns übereinstimmen, was wir von ihnen zu lernen haben und was nach unserem Verständnis der Heiligen Schrift noch hinzugefügt oder verändert werden müßte“. Das Wormser Referat von Ulrich Kühn vermittelte für den Rezeptionsprozeß der *Lima-Texte* in den evangelischen Kirchen wichtige Anstöße. Kühn wies darauf hin, daß von dem Text über die Eucharistie die größten Rückwirkungen auf geistliches Leben und Theologie im Protestantismus zu erwarten seien und versuchte aufzuzeigen, wie man von der Erklärung über das Amt aus zu einer evangelisch-katholischen Verständigung in dieser ökumenischen Gretchenfrage kommen könnte.

Sowohl die Überlegungen zu „Reformation und Einheit der Kirche“ wie Friedensdiskussion in Worms haben deutlich gemacht, daß der Rückblick auf Person und Werk Luthers nicht von den Spannungen freigehalten werden kann, denen sich der deutsche Protestantismus gegenwärtig ausgesetzt sieht. Worum es dabei letztlich geht, dafür gab Landesbischof Lohse in seinem Rechenschaftsbericht einen entscheidenden Hinweis: Es komme für alle Glieder und Diener der Kirche darauf an, Wichtiges von weniger Wichtigem und Vorletztes von Letztem zu unterscheiden. U. R.

Mitterrand und der Zwang der Realitäten

Kein Sozialismus à la française

Der Erfolg oder Fehlschlag der Mitte 1982 eingeleiteten und im Frühjahr 1983 wesentlich verschärften wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik ist für die Bilanz des zunächst mit der Wahl François Mitterrands zum französischen Präsidenten im Mai 1981 verbundenen sozialistischen Experimente belanglos. Allein die Tatsache,

daß eine derartig weitreichende Kursberichtigung erforderlich wurde, läßt erkennen, daß die sozialistisch-kommunistische Koalition gezwungen war, auf einen wichtigen Teil ihrer ursprünglichen sozialistischen Ziele zu verzichten, um sich nicht dem Risiko eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs mit schwerwiegenden sozialen

und politischen Folgen auszusetzen. Der von Mitterrand verkündete Sozialismus à la française ist damit in weite Ferne gerückt. Infolgedessen erscheint es angebracht, die Gründe dieses Scheiterns eines Ideals zu ermitteln, wobei die Fehlleistungen, die man gerne beschönigend als Kinderkrankheiten des Sozialismus betrachtet, ebenso berücksichtigt werden müssen wie spezifisch französische Gegebenheiten.

Zwei diametral entgegengesetzte Kräfte hinderten von Anfang an Mitterrand und seine Regierung, zugunsten des Sozialismus und der Stabilität so weit zu gehen, wie es erforderlich gewesen wäre. Eine zu beschränkte Bewegungsfreiheit zwang sie zunächst immer wieder, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Der Sozialismus à la française sollte nicht als revisionistische Bewegung verstanden werden. Seine Verwirklichung setzte eine *grundlegende Veränderung der Gesellschaftsordnung* voraus. Es war aber wohl eine Illusion zu glauben, dies in einer demokratischen Ordnung durchsetzen zu können. Ganz natürlich erwies sich die Schwerkraft der überwiegend konservativen französischen Gesellschaft als ein unüberwindbares Hindernis. Hierzu kam der unvermeidliche Widerstand aller oppositionellen Kräfte.

Wirtschaftspolitische Irrtümer

Auf der anderen Seite konnte und wollte sich Mitterrand nicht von den Zwängen befreien, die sich aus der *sozialistischen Tradition*, einer mehr gefühlsmäßig als wissenschaftlich verankerten Ideologie und dem politischen Gewicht der Linksgewerkschaften ergaben. Einige als dringend notwendig erkannte Maßnahmen wurden auf unbestimmte Zeit vertagt, weil man glaubte, sie den Gewerkschaften oder der Partei nicht zumuten zu können. Es gab so wiederholt folgenschwere Vetos gegen die politischen Realitäten und vor allem gegen die wirtschaftliche Vernunft. Die Opposition hat Unrecht, in diesem Zusammenhang von marxistischer Verbohrtheit zu sprechen.

Der *Machtanspruch der Gewerkschaften* lag viel schwerer in der politischen Waagschale als irgendein Dogma. In einigen Fragen zeigten sich die Kommunisten viel realistischer als die Sozialisten, die sich gewissermaßen ein Weltbild nach Wunsch geformt hatten und idealistisch naiv vom guten Menschen träumten, der nach den Worten des Wirtschafts- und Finanzministers *Jacques Delors* in einer vielleicht fernen Zukunft nicht mehr durch materielle Vorteile zur Leistung angespornt zu werden braucht, und demnach wenigstens die Hoffnung auf die Verwirklichung des Gleichheitsideals besteht.

Das Streben nach einer möglichst großen sozialen Gerechtigkeit bis zur vollkommenen Gleichheit beeinflusste die Politik Mitterrands weit stärker als die marxistische Doktrin.

Die wirtschaftspolitischen Irrtümer sind zur verhängnisvollsten Hypothek der sozialistischen Regierung geworden, weil ihre unumgängliche Korrektur ihre Anhänger bitter enttäuschte und äußerst gefährliche *Gleichgewichts-*

störungen auslöste. Deren Beseitigung dürfte die bisher von der Regierungsspitze noch nicht erwogene völlige Abkehr von der sozialistischen Vorstellungswelt erforderlich machen.

Das erste wirtschaftliche und soziale Regierungsprogramm war grundsätzlich vertretbar, und die angestrebten Ergebnisse befanden sich theoretisch in Reichweite. Nachdem der Versuch der früheren Regierungen der Ankurbelung der Konjunktur durch die Investitionen gescheitert war, lag es nahe, das sozialistische Bemühen um die Verbesserung der sozialen Lage der unteren Einkommensschichten mit der Ankurbelung der Konjunktur durch den Verbrauch zu verbinden. Da verhältnismäßig kurzfristig ein *stärkeres Wachstum* höhere Steuereinnahmen versprach, ließ sich eine Aufstockung des bis dahin niedrigen Haushaltsdefizits rechtfertigen, so daß die Mittel für die zusätzlichen sozialen Leistungen flüssig gemacht werden konnten. Die vermehrte Nachfrage sollte in einer zweiten Phase zu einer Ausweitung der produktiven Investitionen führen.

Die Regierung vernachlässigte jedoch völlig die ihr von ihrem eigenen Schema und auch von der wirtschaftlichen Umwelt auferlegten Zwänge, obwohl es an sachkundigen Warnungen nicht mangelte. Mitterrand hielt es jedoch für vordringlich, den durch den sozialistischen Sieg ausgelösten *politischen Elan* auszunützen, um in kurzer Zeit einen möglichst großen Teil seines in mancher Beziehung improvisierten und aus verständlichen Gründen stärker propagandistischen als staatsmännischen Wahlprogrammes zu verwirklichen. Anstatt das Haushaltsdefizit vorsichtig um 20–25 Mrd. F zu steigern, was ohne Inflationsgefahr tragbar gewesen wäre, wurde es bereits in den ersten sieben Monaten um 50 Mrd. F ausgeweitet und im folgenden Jahr um weitere 40 Mrd. Zwangsläufig gerieten die *Preise* sofort außer Kontrolle, übrigens ebenso wie die *Löhne*. Eine großzügige Sozialpolitik zur Verbesserung der Wirtschaftslage über die Förderung des Verbrauchs hätte drastische Einschränkungen aller unproduktiven öffentlichen Ausgaben erforderlich gemacht. Statt dessen verdoppelte man den Kulturetat, der kaum Arbeitsplätze zu schaffen vermochte, blähte den Beamtenstab auf und ließ es in zahlreichen anderen Bereichen nicht an finanzieller Großzügigkeit fehlen.

Verleugnung der Weltkrise

Als besonders verhängnisvoll erwies sich das Mißverhältnis zu den Unternehmen. Die sozialistischen Minister übernahmen die dumme kommunistische Parole, daß man das Geld da nehmen muß, wo es ist, und die Reichen alles bezahlen können. Das führte in kurzer Zeit auf verschiedenartigen Wegen zu einer erheblichen Mehrbelastung der privaten Unternehmen, in der Annahme, daß sie genügend Rücklagen besäßen, um all dies verkraften zu können. Während der vergangenen sieben Jahre betrieb jedoch bereits Giscard d'Estaing eine recht fortschrittliche Sozialpolitik zu Lasten der Betriebe, obwohl sie zwei Erdölshocks zu überwinden hatten. Die Folge hiervon

war eine zunehmende *Verschuldung* mit steigender Finanzlast bei einer zusätzlich unter dem Druck der internationalen Konkurrenz rückgängigen Rendite.

Als Mitterrand die Macht übernahm, war die französische Industrie an einem kritischen Punkt angelangt. Statt sie zu schonen, setzte man sie rücksichtslos dem sozialistischen Holzhammer aus. Ein erschwerender Faktor war die *überstürzte Verstaatlichung* einiger der größten Industriegruppen mit ihren unübersehbaren Verschachtelungen. Dadurch wurde ein guter Teil des Wirtschaftsgefüges gelähmt. Die strukturelle Umgestaltung dieser Gruppen ist immer noch nicht beendet. Die Staatskasse ist inzwischen durch Entschädigungszahlungen und hohe Verluste des öffentlichen Sektors doppelt belastet.

Für die Regierung war es eine bittere Enttäuschung, daß die Förderung des Verbrauchs der Haushalte nicht der eigenen Industrie zugute kam, sondern dem Import. Die finanziellen Anstrengungen blieben daher ohne jede positive Auswirkung auf das französische Wirtschaftsgefüge, während gleichzeitig die Zahlungsbilanz über den zu erwartenden Kapitalabfluß hinaus aus Mißtrauen gegenüber einem sozialistischen Regime aus dem Gleichgewicht gebracht wurde.

Dieser Strich durch die von den Sozialisten vor ihrem Machtantritt theoretisch sorgfältig aufgestellte Rechnung besitzt zwei Ursachen. Die eine ist die *Verleugnung der Weltkrise*. Die Sozialisten gingen in die Falle ihrer eigenen Propaganda, indem sie schließlich selbst daran glaubten, daß für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihres Landes ausschließlich die Fehler Giscard d'Estaings und seiner Minister verantwortlich gewesen sind und die Weltkrise nach den beiden Erdölshocks hierbei keine Rolle gespielt hat. Sie rechneten nicht damit, daß die unter der Stagnation leidende internationale Konkurrenz die sich plötzlich auf dem französischen Markt bietenden Absatzmöglichkeiten schnell und energisch ausnützen würde.

Darüber hinaus vernachlässigten die politisch Verantwortlichen entgegen den ständigen Warnungen des Wirtschaftsministers Delors und des Planungsministers *Michel Rocard* die in Zusammenhang mit der Weltkrise auf der französischen Wirtschaft lastenden internationalen Zwänge. Es bedurfte der zweiten Franc-Abwertung, damit sie erkannten, daß Frankreich nicht autonom nach eigenem Ermessen seinen Wirtschaftskurs bestimmen kann, – und der dritten Abwertung, damit sich Mitterrand in der Europäischen Gemeinschaft zugunsten einer dem sozialistischen Programm zuwiderlaufenden Stabilisierungspolitik entschied und die ihm von einem Teil seiner politischen Freunde nahegelegte protektionistische Lösung, d. h. die Abkapselung seines Landes, zurückwies.

Feindverhältnis zur Privatwirtschaft

Die sozialistische Konjunkturpolitik scheiterte ferner an dem fast offenen Feindverhältnis zwischen der Regierung und der Privatwirtschaft. Es stimmt nicht, daß die Einfuhr stieg, weil die französische Industrie nicht in der Lage war, den zusätzlichen Bedarf kurzfristig zu decken.

In Wirklichkeit wollten die Unternehmer nicht mehr produzieren und vor allem keine zusätzlichen Risiken eingehen. Es breitete sich eine fühlbare Unlust aus, vorwiegend ausgelöst durch die sozialistische Reformdynamik, die die Privatwirtschaft lähmte, wobei die psychologischen Reaktionen eine größere Rolle spielten als die sachlichen Erwägungen.

Das in der Anfangsperiode des Experimentes verlorengangene Vertrauen konnte trotz erheblicher Anstrengungen der Regierungsspitze bisher nicht zurückgewonnen werden, da den insbesondere von Delors und Mitterrand bekundeten guten Willen nicht zu verkennende Gegenströmungen, nicht zuletzt die Agitation der kommunistischen Gewerkschaft CGT, immer wieder neutralisierten. Trotz Zinsbonifikationen, steuerlicher Vergünstigungen und verschiedenster Krediterleichterungen sind die Investitionen der Wirtschaft seit 1981 rückläufig.

Die Regierung findet für ihr ständiges und durchaus berechtigtes Drängen nach Modernisierung und struktureller Umgestaltung des Produktionsapparates kein Echo, einerseits weil die Unternehmer nicht mehr an ihre Zukunft glauben, andererseits aber auch, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Die Arbeitsmarktpolitik der Regierung trägt hierfür eine schwere Verantwortung.

Die beiden Linksgewerkschaften erwarteten und forderten von einem sozialistischen Präsidenten die *Verstärkung des Kündigungsschutzes*, nachdem bereits unter Giscard d'Estaing zahlreiche Betriebe mit Rücksicht auf die Erwerbslosenstatistik gezwungen worden waren, überzählige Arbeitskräfte weiterhin zu beschäftigen. Nicht wenige Beobachter hielten in dieser Frage eine radikale Umkehr für dringend erforderlich. Statt dessen wurde die Aktivität der Zeitarbeiter vermittelnden Firmen stark eingeschränkt und die Einstellung von Arbeitskräften für eine beschränkte Frist bis zu einem Jahr von der meistens verweigerten Zustimmung des Betriebsrates und der Bewilligung durch den *staatlichen Arbeitsinspektor* abhängig gemacht. Außerdem erfolgte eine Regelung der Teilzeitbeschäftigung, die den Unternehmen zusätzliche Lasten auferlegte und daher abschreckend wirkte.

Nach offiziellen Angaben wurden zwar bisher 90% der aus wirtschaftlichen Gründen beantragten Entlassungen von den Arbeitsinspektoren oder in letzter Instanz vom Minister bewilligt, es gibt aber keine Statistik über die Fristen zwischen dem Antrag und seiner Bewilligung. Durchaus gewollte Verzögerungen verursachten den größeren Firmen erhebliche Verluste. Ein guter Teil der Bewilligungen erfolgte außerdem erst nach Einstellung der Zahlungen.

Um die Absurdität des Systems zu verstehen, muß man wissen, daß selbst ein kleiner Handwerker die Zustimmung des Arbeitsinspektors benötigt, um einen einzigen seiner wenigen Arbeitnehmer zu entlassen oder eine Hilfskraft für eine beschränkte Zeit einzustellen. Da die Arbeitsinspektoren zusätzlich für die Kontrolle der Hygiene- und der Arbeitsbedingungen zuständig sind und je-

der ihrer Besuche in einer Werkstatt zu neuen Ausgaben führt, weil das französische Gesetzeswerk eine unauschöpfbare Schatzkammer für Schikanen ist, verzichten Handwerker und Kleinbetriebe lieber auf einige Aufträge, als das Risiko eines Kontakts mit dem Arbeitsinspektor einzugehen.

Wenig hilfreiche Lohnpolitik

Die Verantwortlichen offiziellen Stellen bis zum Premierminister sind sich völlig klar darüber, daß alle selbständigen Unternehmen vor Neueinstellungen objektiv benötigter Arbeitskräfte zurückschrecken, solange ihnen zeitlich beschränkte Arbeitsverträge untersagt bleiben und sie mit einem absoluten Entlassungsschutz rechnen müssen. Aus Angst vor der kommunistischen Gewerkschaft CGT – die CFDT ist inzwischen etwas realistischer geworden – wagen sie jedoch keine Auflockerung des von ihnen selbst dem Arbeitsmarkt auferlegten Zwangskorsetts zurück. Dem wirtschaftlichen Elan und der Stabilität wenig dienlich war schließlich die *Lohnpolitik*. Sie steht trotz der inzwischen erkannten Gefahren unverändert unter dem bösen Stern der Gleichheit. Für den in dieser Frage besonders eifrigen Generalsekretär der Linksgewerkschaft CFDT, *Edmond Maire*, wäre ein Verhältnis von 1 : 4 zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Lohn der Idealzustand.

Die Komprimierung der Lohnhierarchie setzte 1976 ein und ist im öffentlichen Dienst wohl auch nach der Ansicht der Minister inzwischen über das Ziel hinausgeschossen, denn die schlechte Sitte, die höheren Beamten für ihre Benachteiligung gegenüber gleichwertigen Kräften in der Privatwirtschaft, für die von ihnen ganz selbstverständlich erwarteten Überstunden und für ihre Opfer auf dem Gleichheitsaltar durch *Sonderprämien* und sogar durch die diskrete Verteilung von steuerbefreiten Umschlägen mit Banknoten zu entschädigen, greift neuerdings wieder um sich. In einem sozialistischen System ein höchst erstaunlicher Vorgang.

Seit Jahren wird die Kaufkraft des gesetzlichen Mindestlohnes systematisch angehoben. Die sozialistische Regierung beschleunigte diese Entwicklung und setzte sie auch in der Phase des Lohnstops und der anschließenden Lohnkontrolle fort. Nachdem spätestens Ende 1981 der antisoziale Rückstand der untersten Einkommensgruppe beseitigt gewesen war, stieg laufend die Zahl der Mindestlohnempfänger, so daß jede neue Aufstockung ihrer Kaufkraft zu einer inflationistisch wirkenden Steigerung der Gestehungskosten führte. Außerdem mußten nicht wenige Unternehmen ihren qualifizierten Kräften eine etwas höhere Besoldung zugestehen als den ungelernten. Um die Eindämmung der Inflation 1983 auf 8% zu erreichen, sollen die Löhne nach Anweisung der Regierung nur um den gleichen Satz steigen. Im ersten Halbjahr erhöhten sie sich jedoch, wohl hauptsächlich durch die Manipulation des Mindestlohnes, um 5,6%.

Frankreich leidet demnach unter einem doppelten wirtschaftlichen Kurzschluß: der extreme Kündigungsschutz

erdrückt die Unternehmen und fördert auf die Dauer die Arbeitslosigkeit, die Lohnpolitik nährt die Inflation, ohne von der Mehrheit der Arbeitnehmer als befriedigend empfunden zu werden.

Die wirtschaftlichen Gegebenheiten dürften aber das innenpolitische Kräftefeld nicht entscheidend beeinflussen. Für die Linkswähler bleibt in diesem Bereich über alle Enttäuschungen hinweg eine Linksgewerkschaft das kleinere Übel. Die wirtschaftlich vom Sozialismus am stärksten betroffenen Schichten standen stets mit überwiegender Mehrheit auf der Gegenseite. Recht paradox ist jedoch die Wirtschaft für das Regierungslager der stärkste Alldruck, so daß sie die anderen Ursachen des Mißbehagens und der Ablehnung des herrschenden Systems vernachlässigt.

Geschick und der sozialistischen Tradition gemäß versprach Mitterrand in seinem Wahlkampf den Franzosen weniger Staat. Sehr schnell brachte jedoch die sozialistische Praxis mehr Staat. Frankreich war stets ein äußerst dirigistisches Land mit einer alles umfassenden Bürokratie. Wenige Monate nach seiner Wahl rechtfertigte Mitterrand im Fernsehen die weitere *Aufblähung des Beamtenapparates* mit den zunehmenden Aufgaben des Staates.

Der Staat gegen den Bürger?

Die Franzosen sind zu individualistisch oder zu anarchistisch, um der Bürokratie, sei sie auch sozialistisch, zu gestatten, sich in alles einzumischen. Sie mußten den Eindruck haben, daß jeder Minister und jeder Staatssekretär mit einer Serie von *Gesetzen* in die Geschichte eingehen wollte. Da erfreulicherweise in Frankreich der gesunde Menschenverstand selbst in den oberen Etagen der Macht als Bremskraft zu wirken vermag, verstaubten inzwischen verschiedene Pläne in den Amtsstuben, wie z. B. die staatliche Organisation des Sports, die antisexistische Kontrolle der Werbung durch Frauenvereinigungen und Staatsanwälte, die Reglementierung des Vereinswesens, die Gestaltung der Freizeit und ähnliches mehr. Weniger glücklich war die Wirtschaft, wobei die Preiskontrolleure, die Arbeitsinspektoren und die Steuerschnüffler dem kleinen Mann am stärksten auf die Nerven gehen.

Überall stößt der Bürger auf den Staat. Das Parlament verabschiedete eine Rekordzahl von Gesetzen, von denen ein guter Teil nicht angewendet werden kann, weil die Verwaltung mit den komplizierten Ausführungsbestimmungen nicht folgen kann oder sie absichtlich auf die lange Bank schiebt. Die Dezentralisierung brachte keineswegs die erhoffte Entlastung von der Bürokratie, sondern ganz im Gegenteil die Einschaltung neuer Instanzen, die nicht nur Geld kosten, sondern zudem allen das Leben erschweren.

So überraschend es klingen mag: es mangelt in der sozialistischen Regierung an *Empfindsamkeit für die Gefühle und die Reaktionen des Volkes*. Man durfte von Mitterrand und seinen Ministern einen besseren Kontakt mit der Masse

der Franzosen erwarten als von ihren Vorgängern, denen gerade von den Linksparteien vorgeworfen worden war, auf einem fernen Olymp zu regieren und für die Durchschnittsfranzosen in keiner Weise repräsentativ zu sein. Man muß zugeben, daß es für die höchsten Verantwortlichen des Staates sehr schwer ist, ihr Ohr direkt der Volksstimme zu öffnen. Alle ihre öffentlichen Auftritte sind sorgfältigst vorbereitet. Sie werden dauernd abgeschirmt. Mitterrand ist zwar darum bemüht, sich privat mit möglichst zahlreichen Personen zu unterhalten, aber fast zwangsläufig gehören sie der Führungsschicht an. Sein plötzliches Erscheinen in großen Wohnblocks und in einigen Arbeiterfamilien sind nicht mehr als soziale Schnappschüsse, die für eine objektive Information ebenso wenig ausreichen wie die von Giscard d'Estaing inszenierten Abendessen in einer Palette französischer Haushalte.

Demokratie und Volksmeinung

Es sind aber nicht nur die *Mechanismen der Macht* für die immer deutlicher werdende Kluft zwischen Regierung und Volk verantwortlich, sondern auch das sozialistische Glaubensbekenntnis. Danach verkörpert eine Linksregierung automatisch den Volkswillen, wobei unter Mißachtung der soziologischen Umschichtung das Volk mit der Arbeitnehmerschaft oder notfalls noch mit den Linkswählern identifiziert wird, während die Anhänger der Opposition nur noch Zeugen der Vergangenheit sind. Eine sonderbare Vermengung der revolutionären Tradition, der demokratischen Grundsätze und des gaullistischen Präsidialregimes gibt dem vom Volk gewählten Staatschef für sieben Jahre eine uneingeschränkte und unbestreitbare Legitimität, so daß er sich die Frage nach den möglichen Reaktionen des Volkes gar nicht zu stellen braucht.

Hierzu kommt die im sozialistischen Herzen tief verwurzelte Überzeugung, im Dienste des Fortschritts zu stehen und mit jeder getroffenen Maßnahme zumindest zu versuchen, die Menschen glücklicher zu machen. Selbst für den an sich sehr gemäßigten Sozialisten Mitterrand ist, wenigstens in seinen öffentlichen Erklärungen, das Glück keine Angelegenheit des Individuums, sondern der Kollektivität.

Ein Musterbeispiel dieser Mentalität ist Justizminister *Robert Badinter*. Mit Recht setzt er sich energisch für die Modernisierung der französischen Strafjustiz ein. Sie verbindet sich zwangsläufig mit einer Liberalisierung. Die von ihm kurz nach der Wahl Mitterrands durchgesetzte Abschaffung der Todesstrafe wurde auch von zahlreichen Abgeordneten der Opposition gebilligt. Es wäre ungerrecht, seine Reformpläne als überspitzt oder gar als revolutionär zu bezeichnen. Seine Taktik ist jedoch unvermeidbar, denn er spielt den blinden Amokläufer gegen den Strom der öffentlichen Meinung und vernachlässigt hiermit die elementaren Regeln der Demokratie. Zudem erweckt er den Eindruck, sich ausschließlich für die Strafjustiz zu interessieren und in deren Rahmen vor allem für das Schicksal der Straffälligen vor und nach ih-

rer Verurteilung. Bei vielen ist er so in den zweifellos falschen Ruf geraten, als Minister der Strafverteidiger, der er jahrelang gewesen ist, geblieben zu sein.

Er hat ferner nicht verstanden, daß der kleine Mann, der die Masse des Volkes stellt, unter den Schwächen der zivilen Verwaltungsjustiz mit ihrer unbeschreiblichen Langsamkeit viel mehr leidet als unter der Überfüllung der Gefängnisse und ihrer moralischen Auswirkungen. Er will insbesondere nicht zur Kenntnis nehmen, daß es den Bürgern in einer Periode *zunehmender Gewalt* und eines wachsenden, mitunter sogar hysterischen Sicherheitsbedürfnisses ungeheuer schwerfällt, an die Zweckmäßigkeit einer Liberalisierung der Strafjustiz zu glauben – und noch weniger an deren segensreiche, d. h. gewaltmindernde Ergebnisse. Die Legitimität des Präsidenten und die sozialistische Parlamentsmehrheit schützen ihn ausreichend gegen den Widerstand von rund zwei Drittel der Franzosen. Nur entfernt sich damit Badinter von der Demokratie. Sein Verhalten ist in nicht geringem Maße für die schlechten Wahlergebnisse der Regierungsparteien verantwortlich.

Um die Reaktionen der Bevölkerung auf die Regierungspolitik zu ermessen und gebührend zu berücksichtigen, wäre eine zuverlässige Analyse der sozialen Schichtung der Franzosen und der Wählerschaft der sozialistischen Partei erforderlich gewesen. Statt dessen ließ man sich bisher weitgehend von traditionellen Vorstellungen und überholten Dogmen leiten. Ein breit gestreutes Kleinbürgertum, das das Gesicht der französischen Gesellschaft prägt, ist der offiziell aufrechterhaltenen Klassenkampf-doktrin völlig verschlossen. Es besteht auch die große Wahrscheinlichkeit, daß die Mehrheit der sozialistischen Wähler durch das konkrete Streben der Regierung nach mehr Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit weniger befriedigt als verärgert wird, weil sie befürchtet, hierfür die Rechnung bezahlen zu müssen.

Autokratischer Regierungsstil

Die Sozialisten bedienen sich der Fiktion der Arbeiterpartei hauptsächlich für ihren Wettlauf mit den Kommunisten um die Linkswähler. Seit rund 60 Jahren kommt der überwiegende Teil der Parteimitglieder und der Wähler aus dem kleinen und mittleren Bürgertum, Handwerker, Kleinhändler, mittlere und höhere Beamte, Techniker usw. Sie stellen heute einen nicht geringen Prozentsatz der durch den Sozialismus Mitterrands Enttäuschten. Es mag für den Idealismus einer Partei sprechen, wenn sie ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik auf eine Minderheit ausrichtet, nicht aber für ihren politischen Realismus, noch für ihre mittelfristigen Erfolgsaussichten.

Erwähnung verdient schließlich als Belastungselement des Experiments der *Regierungsstil*. Frankreich war an genau definierte und wohlstrukturierte Entscheidungsmechanismen gewöhnt. Die Politisierung des Verwaltungsapparates hielt sich außerdem in engen Grenzen, weil er in erster Linie im Dienste des Staates stehen und als solides Funda-

ment durch die wechselnden Wogen der Politik möglichst nicht beeinträchtigt werden sollte. Die Sozialisten beginnen den Irrtum, an die Zuverlässigkeit der Verwaltungselite nicht zu glauben und sich daher ihr gegenüber abzuringeln. Es entstand so ein Bruch, der die politische Spitze praktisch daran hinderte, aus dem Erfahrungskapital der Verwaltung Nutzen zu ziehen und nicht wenige hohe Beamten veranlaßte, gegenüber der Regierung Distanz zu wahren.

Seiner Natur gemäß spitzte sich das Präsidialregime von Präsident zu Präsident weiter zu. Giscard d'Estaing traf viel mehr Entscheidungen persönlich als de Gaulle, und er traf sie auch einsamer. Mitterrand ging noch einige Schritte weiter. Er versteht es zwar weit besser zuzuhören als sein Vorgänger, man kennt aber bei ihm nicht die Wege, die zur Entscheidung führen, noch genau die Mitarbeiter, die ihn zu beeinflussen vermögen. Der Entscheidungsmechanismus liegt daher mehr denn je im Dunkeln. Darunter leidet die Geschlossenheit der Regierungspolitik. Wohl kein Präsident hat seine Regierungsmitglieder einschließlich des Premierministers so häufig dementiert oder desavouiert wie Mitterrand.

In der Regierungsspitze herrscht Mangel an Information. Manche Panne wäre vermieden worden, hätten die Minister rechtzeitig Beschlüsse des Präsidenten erfahren oder zumindest seine Absicht, für ein bestimmtes Problem die Entscheidung vorzubereiten. Verstärkt wurde zudem das in Frankreich stets gefährliche Gefühl der Bevölkerung, nicht folgerichtig und straff genug regiert zu werden, durch ständige Interventionen der Parteiapparate, die unter Mitterrand weit größeres Gewicht besitzen als unter seinen Vorgängern. Man sollte nicht übersehen, daß der

jetzige Präsident seinen politischen Erfolg in nicht geringem Maße seiner taktischen Begabung verdankt.

Die Lage der Opposition dennoch nicht komfortabel

Diese Ausführungen mögen zu einseitig erscheinen, weil sie vorwiegend die negativen Aspekte herausstellen. Es ging aber nicht darum, eine Bilanz der sozialistisch-kommunistischen Regierung aufzustellen, sondern lediglich um den Versuch zu erläutern, weshalb es Mitterrand bisher nicht möglich gewesen war, seinen Sozialismus à la française zu verwirklichen und weshalb bereits wenige Monate nach seinem Amtsantritt seine Popularitätskurve in den Meinungsbefragungen abzusinken begann, heute der Prozentsatz der Unzufriedenen größer ist als der Befriedigten und das Regierungslager seit rund zwei Jahren in sämtlichen Wahlen empfindliche Verluste hinnehmen mußte.

Daraus darf man natürlich nicht schließen, daß die Mehrheit der Franzosen eine Rückkehr zur früheren Politik wünscht oder verschiedene Reformen nicht zu würdigen weiß. Die *Lage der Opposition* ist keineswegs komfortabel. Käme sie in nächster Zukunft an die Macht, wäre sie verpflichtet, die von Delors mit Zustimmung Mitterrands eingeleitete wirtschaftlich-soziale Sanierungspolitik fortzusetzen, wahrscheinlich ohne die Möglichkeit zu haben, einige zu kostspielige soziale Fortschritte wieder rückgängig zu machen. Eine objektive Würdigung der Leistungen Mitterrands und seiner Mannschaft, nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch in der Außenpolitik und gegenüber der innenpolitischen kommunistischen Hypothek dürfte jedenfalls nach seiner Ablösung im Elysée-Palast möglich sein.

Alfred Frisch

Streit um die Kirchenmusik. Ist diese Stiefkind der Liturgiereform?

Ein Gespräch mit Franz Fleckenstein

Mit der Liturgiereform des Zweiten Vatikanums veränderten sich auch die Anforderungen an die musikalische Gestaltung des Gottesdienstes. Die notwendige Neuorientierung in der Kirchenmusik ging nicht ohne Spannungen und Einseitigkeiten ab. Darüber, wie sich die Situation der katholischen Kirchenmusik heute darstellt, sprachen wir mit Monsignore Franz Fleckenstein. Er ist Direktor der Fachakademie für katholische Kirchenmusik und Musikerziehung in Regensburg und Landespräsident für die Bundesrepublik des Allgemeinen Cäcilien-Verbandes. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Direktor Fleckenstein, vor einigen Monaten hat ein Brief renommierter katholischer Kirchenmusiker an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,

Kardinal Höffner, einiges Aufsehen erregt, in dem über den Niedergang der katholischen Kirchenmusik seit dem Konzil Klage geführt wurde. Es war darin beispielsweise die Rede von untragbaren Zugeständnissen an Trivialität und Banalität. Sprechen die Unterzeichner des Briefes dem Gros der Kirchenmusiker in der Bundesrepublik aus dem Herzen?

Fleckenstein: Das kann man so pauschal wohl kaum behaupten. Sicher haben diesen Brief auch prominente Leute unterschrieben, die aber kaum für die Kirchenmusiker sprechen können. Immerhin gibt es nach einer Erhebung, die der Cäcilienverband zum letzten Katholikentag gemacht hat, im Bundesgebiet 16 107 haupt- und neben-